

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 181 (2015)

Heft: 6

Artikel: Assistenzdienst der Grenzverwaltungsmision EUBAM in Libyen

Autor: Hartikainen, Antti

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-513524>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Assistenzdienst der Grenzverwaltungsmission EUBAM in Libyen

Nach dem Sturz von Muammar al-Gaddafi setzten intensive internationale Anstrengungen ein, denen sich auch die Schweiz anschloss, um in Libyen stabile Verhältnisse zu schaffen – unter anderem mittels eines Assistenzdienstes der *EU Border Assistance Mission* in Libya (EUBAM). Rivalisierende bewaffnete Milizen haben jedoch diese Bemühungen unterlaufen, weshalb am Südrand des Mittelmeers ein gefährliches strategisches Vakuum vorherrscht.

Antti Hartikainen

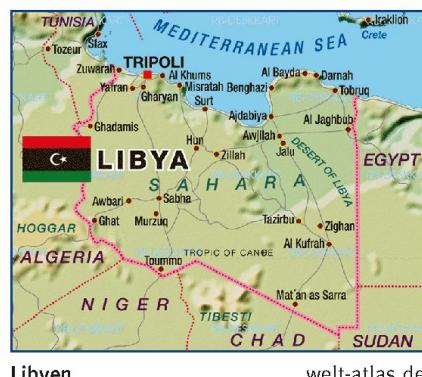
Nach dem Sturz von Muammar al-Gaddafi entschied die Europäische Union an einer internationalen Konferenz in Paris im Jahr 2012, eine robuste Mission zwecks Schaffung einer wirksamen libyschen Grenzverwaltung ins Leben zu rufen. Deren Aufgabe sollte darin bestehen, die nationalen Luft-, Land- und See-Grenz-Agenturen als Mentor zu schulen und zu beraten – einschliesslich der Rettung von Schiffbrüchigen. Das Mandat beschränkte sich klar darauf, Libyen bei der Entwicklung eines eigenen integrierten Grenzschutzsystems zu unterstützen. Einsätze zur Unterbindung der illegalen Einwanderung nach Europa waren deshalb nicht möglich.

Die beiden Resolutionen 1970 und 1973 des UNO-Sicherheitsrats vom März 2011 ebneten den Weg für eine externe Intervention in die Geschehnisse in Libyen, nachdem sich ein friedlicher Protest gegen Gaddafi wie ein Lauffeuer im ganzen Land ausgebreitet hatte. Das Regime unterdrückte die Proteste sogleich mit repressiven Gegenmassnahmen. Massive Luft Einsätze, ausgeführt durch einzelne NATO-Mitglieder, drängten jedoch Gaddafis Truppen schrittweise zurück. Dies befähigte die bunt zusammengewürfelten Kräfte des Aufstandes von Osten her über Misrata in die Vororte von Tripolis vorzustossen und schliesslich den Diktator zu stürzen.

Fehlende staatliche Strukturen

Seither ist es Libyen nicht gelungen, die Grundstrukturen eines funktionierenden Staates zu errichten. Es sah sich völlig ausserstande, ein legitimes Gewaltmonopol durchzusetzen. Manche bewaffnete Gruppen sind weitaus besser ausgerüstet und ausgebildet als die libysche Armee. Zur

eigenen Machterhaltung hatte Gaddafis Regime eine Institutionalisierung der Regierung untergraben. Die meisten staatlichen Stellen verfügen weder über die notwendigen Strukturen noch über Organisationskulturen, um ihre Aufgaben wahrzunehmen. Regierungsbehörden haben



beispielsweise nur ein Budget für Gehälter und keinerlei autonome Mittel für Sachausgaben. Die Finanzierung jeglicher Art von Entwicklungsvorhaben ist deshalb schwierig oder sogar unmöglich. Geber sind daher gezwungen, für ihre Projekte Ausbildung und Ausrüstung für die gesamte Verwaltungshierarchie bis hinunter auf Feldebene zur Verfügung zu stellen.

Nach vierzig Jahren Diktatur nahm die libysche Bevölkerung im Jahr 2012 mit grosser Begeisterung an der Wahl des Nationalkongresses, dem *General National Congress* (GNC), teil. Aber leider erwies sich der in Tripolis tagende GNC schon nach wenigen Monaten als nicht handlungsfähig. Dies führte im Juni 2014 zur Entstehung eines ebenfalls gewählten Gegenparlamentes, dem Repräsentantenhaus. Dieses hätte an sich seine Tätigkeit in Bengasi aufnehmen sollen. Kontinuierliche Attentate und Bombenanschläge seit dem Jahr 2013 erwiesen sich jedoch als

unüberwindliche Hindernisse. Schliesslich trat das Gremium nahe der Grenze zu Ägypten in Tobruk zusammen und ernannte dort eine neue Regierung. Teile des nach wie vor in Tripolis verbleibenden GNC sowie einige Mitglieder des Repräsentantenhauses, welche die Sitzungen in Tobruk boykottierten, setzten hierauf eine alternative Regierung ein. Die sich aus dieser Spaltung ergebenden Spannungen entluden sich im Juni und Juli 2014 in intensiven Kämpfen um den internationalen Flughafen von Tripolis.

Infiltration islamischer Kämpfer

Diese Wirren schufen den Nährboden für eine Infiltration islamischer Kämpfer mit dem Ziel der Ausrufung eines eigenen Staates. Diese begannen in den letzten Monaten eine Welle von koordinierten Anschlägen, wie etwa der Angriff auf das Luxus Hotel Corinthia in Tripolis und die brutale Ermordung ägyptischer Koppen, die als legale Arbeitsmigranten in Libyen weilten. Gegenwärtig ist die Lage in Libyen geprägt durch eine innere politische Zerrissenheit, eine umstrittene Verfassungsmässigkeit der Institutionen sowie durch zwei konkurrierende Regierungen und Parlamente. Gewalt ist weit verbreitet. Bewaffnete Gruppen dominieren die Szene. Die Bürger verfügen weder über Sicherheit noch über geregelte Einkommen. Einzig die UNO übt gegenwärtig über die UNSMIL, die *United Nations Support Mission in Libya*, eine vermittelnde Rolle aus, in der sich zaghafte Fortschritte abzeichnen.

Die technisch ausgerichtete EUBAM verfügt über einen dualen Ansatz strategischer und taktischer Natur in Anlehnung an die spezifischen Prioritäten und Bedürfnisse Libyens. Zu deren Umsetzung fehlt jedoch dem Land die vitale Hauptvoraus-

setzung, die Regierungsgewalt. Dies gilt auch für einen Grossteil der Grundkenntnis: Die Mitarbeiter an den Grenzübergangsstellen wissen nicht, wie sie ein verdächtiges Fahrzeug ordnungsgemäss zu untersuchen haben. Grundlegende Fähigkeiten und Ausrüstungen sind nicht vorhanden und müssten daher von Grund auf neu vermittelt werden. Die EUBAM könnte dabei helfen. Diese Fortschritte beginnen auf einer sehr praktischen Ebene bei der Sicherheitsplanung von Flughäfen und Grenzübergängen, der Durchsuchung von Fahrzeugen, dem Umgang mit Kleinbooten, der Rettung Schiffbrüchiger und der Instandhaltung von Fahrzeugen.

Mangelnde hierarchische Stabilität

Die grösste Herausforderung in Libyen liegt darin, dass sich die höheren Ebenen der Grenzschutzbehörden im Wandel befinden. Es gibt keine genauen Arbeitsstrukturen, keine Rechenschaftsmechanismen innerhalb der Agenturen und keine klaren Richtlinien, Verfahren und Regeln. Diese Herausforderung ist jedoch keineswegs nur nationaler Art. Libyens Nachbarn hegen grösste Zweifel daran, ob das Land imstande ist, einen angemessenen Beitrag zum Schutz der gemeinsamen Grenzen zu leisten. Vielmehr betrachten sie die libyschen Schwächen als eine direkte Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit. Die EUBAM sollte daher auch helfen, neue nachbarschaftliche Beziehungen aufzubauen.

Libyens grösste Sicherheitsherausforderung liegt in der unkontrollierten Fülle bewaffneter Gruppen. Einige davon sind mit terroristischen Gruppen oder mit der organisierten Kriminalität verknüpft. Andere verfolgen verschiedene Interessen politischer, regionaler, finanzieller, stammesmässiger oder sonstiger Art. Sie bedrohen die Stabilität des Staates, da sie dessen legitimes Machtronopol untergraben und Entscheidungen erzwingen, die nur auf ihre partikularen Interessen zugeschnitten sind. Diese Gruppen leben von durchlässigen Grenzen, was insgesamt dazu beiträgt, Libyen weiter zu destabilisieren.

Durchlässige Grenzen als Hauptbedrohung

Durchlässige Grenzen stellen auch andere Gefahren für die Sicherheit Libyens und für diejenige Europas, einschliesslich der Schweiz, dar. Es geht um die illegale

Migration, welche unter anderem wesentliche soziale Spannungen versursacht. Die von Schlepperbanden organisierte Weiterwanderung zu den südlichen Küsten der EU kostet Hunderte von Menschenleben – dies trotz der Bemühungen der libyschen Küstenwache sowie der italienischen und maltesischen Such- und Rettungsorgane.



An der Grenze zu Tunesien: Grenzübergang in Ras Ajdir.

Bild: Antti Hartikainen

Sichere Grenzen bilden daher einen vitalen Beitrag zu einem sichereren Libyen und zu einem sichereren Europa.

Sichere Grenzen beruhen jedoch auf zwei unabdingbaren Voraussetzungen: einerseits auf Grenzmanagement-Agenturen, die über die Kompetenz verfügen, Recht durchzusetzen, und anderseits auf Grenzgemeinden die bereit sind, diese Agenturen willkommen zu heißen. Wie soll der Zoll Schmuggler stoppen, wenn die bewaffneten Sicherungsverbände der Schmuggler stärker sind als diejenigen der Armee? Wie kann die Grenzpolizei illegale Migranten erfassen, wenn die Gerichte, Gefängnisse und Haftsysteme nicht funktionieren? Wie soll der Grenzschutz die Bewegung von Drogen und Waffen durch die Wüste verhindern, wenn der Staat sein eigenes Territorium nicht kontrolliert? Grenzschutzbehörden sind nicht in der Lage Grenzen zu sichern, wenn der Rest des Landes unsicher ist. Sie können nicht der einzige funktionierende Teil eines Sicherheitssystems sein, in welchem die allgemeine Sicherheit nicht funktioniert.

Auswirkungen auf EUBAM

Was bedeutete dies nun für EUBAM? Die Unsicherheit und die erwähnten schweren Kämpfe, die den internationalen Flughafen von Tripolis im vergangenen Sommer zerstört hatten, lösten am 31. Juli 2014 eine Verlegung nach Tunesien aus. Die sich daraus ergebende Ent-

fernung von den libyschen Partnern erschwerte deren Unterstützung, weshalb die Mission am 14. Oktober 2014 zunächst von über 60 auf unter 20 und ab dem 15. März 2015 um weitere 17 auf 3 Mitarbeiter reduziert wurde. Die turnusgemäss strategische Überprüfung von EUBAM ist weiterhin im Gange. Eine Entscheidung über die Zukunft EUBAM dürfte in der zweiten Aprilhälfte fallen, zumal auch das derzeitige Mandat am 21. Mai 2015 ausläuft.

Die Situation in Libyen sowie die Erwartungen an die internationale Unterstützung haben sich grundlegend geändert. Daher lässt sich nicht ausschliessen, dass EUBAM durch eine andere Form der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ersetzt

werden könnte. Unabhängig davon hat die EU eine führende Rolle im Bereich des Grenzmanagements übernommen, weshalb wohl eine starke Unterstützung der Weiterentwicklung der libyschen Grenzverwaltung in jedem Fall Teil der EU-Aktivitäten bleiben dürfte.

Zusammenarbeit mit der Schweiz

Aus der Sicht der Führung der EUBAM Libya sei abschliessend der Schweizer Regierung für die ausgezeichnete Unterstützung gedankt. Die regelmässigen Kontakte, offenen Diskussionen und ausgezeichneten Beziehungen mit dem Schweizer Botschafter in Libyen erwiesen sich stets als wertvoll. Die Schweizer Regierung war immer bereit, Spezialisten und einen Top-Level-Berater für integrierte Grenzverwaltungs-Rechtsfragen zu entsenden. Leider sah sich aber EUBAM Libya wegen der verschlechterten Sicherheitslage im vergangenen Sommer ausserstande, ihn effektiv einzusetzen. Daher bleibt die Hoffnung, diese Kooperation in naher Zukunft zu intensivieren, um künftig eine bessere Zukunft für Libyen zu bewirken. ■



Oberst (Grenzschutz)
Antti Hartikainen
Generalstabsoffizier
Leiter der EUBAM Libya
Helsinki